

Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU·CSU Fraktion | Dezember 2024

„Die Sicherheitsbehörden brauchen Rückendeckung“

Interview mit Alexander Throm

Über nackte Zahlen und politische Ziele

Gastbeitrag von Franziska Hoppermann



CDU·CSU

- 3**
Zu Beginn
Thorsten Frei
- 4**
Im Gespräch
Alexander Throm über die Herausforderungen im Bereich Innere Sicherheit
- 6**
Gastbeitrag
Franziska Hoppermann über einen wirkungsorientierten Haushalt

- 8**
Im Bücherregal
Was wir lesen ...
- 10**
Im Fokus
Update für Deutschland
- 12**
Im Fokus
Deutschland und USA – Partner auf Augenhöhe

- 14**
Im Blick
Die Fraktion in Bildern
- 16**
Zu guter Letzt
Tweet zu §218

4

„Wir brauchen Rückendeckung für unsere Sicherheitsbehörden“

Interview mit dem innenpolitischen Sprecher Alexander Throm



© Laurence Chaperon

6

Über nackte Zahlen und politische Ziele

Franziska Hoppermann setzt sich für eine Reform der Haushaltsführung ein



© Tobias Koch

8

Update für Deutschland

Über die Notwendigkeit, die Verwaltung zu modernisieren



© Markus Spiske, Unsplash

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Bruch der Ampel-Koalition wirbelt das politische Berlin durcheinander. Der ursprüngliche Fahrplan zur Bundestagswahl ist Makulatur. Es scheint, als kündige sich ein Wahlkampf im Zeitraffer an – und dies in einer Phase vorweihnachtlicher Hektik, in der sich die Termine ballen, gefolgt von weihnachtlicher Besinnlichkeit, in der die Zeit stillzustehen scheint. Kurzum: Es ist, als fielen die ohnehin wenigen Wochen bis zum Wahltag noch kürzer aus als sonst.

Man muss wohl einen Schritt zurücktreten und mit einer gewissen Distanz auf unsere politische Lage schauen, um zu erkennen, dass dieser Wahlkampf zur Jahreswende eine große Chance birgt. Das Fest der Hoffnung kommt gerade in Zeiten der Unruhe wie gerufen. Dass wir einen Gang zurückschalten und innehalten, eröffnet uns die Möglichkeit, uns auf das Neue vorzubereiten.

Drei lange Jahre mussten wir mitansehen, wie unser Land schlecht regiert wurde. Die Folge: Die Wirtschaft steckt schon zwei Jahre hintereinander in einer Rezession. Viele Menschen fühlen sich angesichts drohender Werksschließungen und Arbeitsplatzverluste, Preissteigerungen und Wohnungsknappheit verunsichert. Wir alle spüren, dass ein Neuanfang unerlässlich ist. Die ruhigen Tage können dazu beitragen, dass wir die Chancen, die in diesem Wechsel liegen, deutlicher wahrnehmen. Wir wissen, wir können es besser!

Aber noch sind wir in den alten Strukturen gefangen. Teile der Rumpf-Koalition gebärden sich so, als gäbe es eine arbeitsfähige Bundesregierung. Dabei ist für alle Welt sichtbar, dass es in den verbleibenden Wochen bis zur Neuwahl lediglich um einen geordneten Übergang geht. Der 20. Deutsche Bundestag ist zwar weiterhin handlungsfähig, aber Rot-Grün fehlt die Mehrheit.

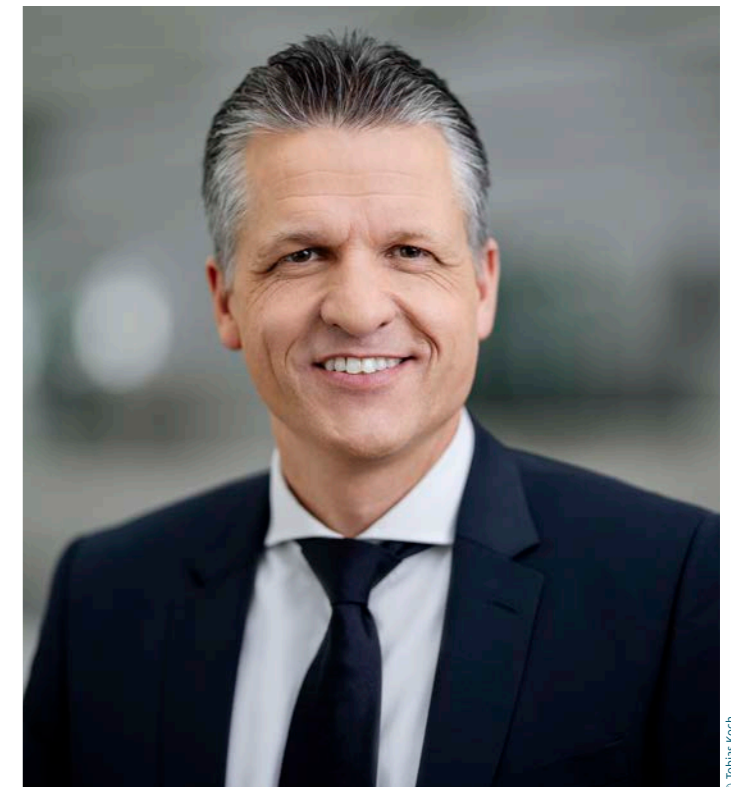
Daher ist es gut und richtig, dass wir den politischen Mitbewerbern die Hand reichen, um eine Art Notbetrieb aufrechtzuerhalten und diese Wahlperiode ordentlich zu Ende zu bringen. Das gebietet uns die Verantwortung für Deutschland. Für uns ist es beispielsweise selbstverständlich, anstehende Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr zu verlängern, weil wir die Soldaten nicht im Ungewissen lassen wollen. Rot-grünen Prestigeprojekten werden wir aber nicht über die Rampe helfen.

Unser Augenmerk liegt vor allem auf der Vorbereitung des Neuen. Die Kraft und Zuversicht, die viele von uns aus dem Weihnachtsfest schöpfen, wollen wir auch in den letzten Wochen dieser Wahlperiode dafür verwenden, um Deutschland wieder nach vorn zu bringen.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr wünscht Ihnen

Ihr

Thorsten Frei
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



© Tobias Koch

„Wir brauchen Rückendeckung für unsere Sicherheitsbehörden“

Alexander Throm über die Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit

Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und gleichzeitig eine immer größere Herausforderung. Wie der Staat Sicherheit gewährleisten kann, darüber ein Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm.

Herr Throm, um die innere Sicherheit ist es nicht gut bestellt. Woran liegt das und was muss die nächste Regierung dringend anpacken, um Abhilfe zu schaffen?

Throm: Man muss leider feststellen: Die Ampel hat sich in den vergangenen drei Jahren eher um ihre ideologische Selbstverwirklichung als um die innere Sicherheit in Deutschland gekümmert. Die ganze Politik der Ampel-Koalition war von Misstrauen gegenüber der Polizei

geprägt. Das haben die Beamten nicht verdient, denn von ihrem Einsatz hängt die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ab.

Deshalb müssen wir die Sicherheit wieder zur Priorität machen. Es muss klar sein: wir vertrauen unseren Sicherheitsbehörden und geben ihnen Rückendeckung, um den gestiegenen Herausforderungen an die öffentliche Sicherheit gerecht zu werden.

Wichtig ist, dass wir ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, mit denen wir eine angemessene Ausstattung finanzieren. Aber es geht auch um erweiterte Kompetenzen für die Beamten – insbesondere im digitalen Bereich. Das bedeutet: wir müssen die Speicherung von IP-Adressen ermöglichen und verfahrensübergreifende Datenanalyseplattformen nutzen. Es ist doch niemandem zu vermitteln, dass – wie im Fall der RAF-

Terroristin Daniela Klette – private Unternehmen leichter ermitteln können als unsere Sicherheitsbehörden, weil ihnen nicht die Hände gebunden sind. Unsere Behörden wären technisch zu den genannten Dingen genauso in der Lage, dürfen sie aber rechtlich nicht nutzen.

Alles in allem: Der Schutz unserer Bevölkerung vor Alltagskriminalität, vor jeglicher Form von Gewalt bis hin zu Terror, muss an erster Stelle stehen. Anders als

»Migration ist steuerbar«

bei der Ampel darf Datenschutz nicht übertrieben werden. Er darf auch kein Selbstzweck sein oder dazu führen, dass er zum Täterschutz wird. Hier braucht es eine echte Kehrtwende.

Netzkriminalität und Cyberattacken stellen immer größere Bedrohungen dar. Wie kann Deutschland sich wappnen?

Throm: Täglich werden bis zu 300.000 Cyber-Angriffe auf deutsche Behörden und Unternehmen verübt. Allein der wirtschaftliche Schaden betrug nach einer Auswertung des Branchenverbandes Bitkom im vergangenen Jahr unglaubliche 148 Milliarden Euro. Auch die Fälle von sogenanntem Cybergrooming sowie Kinder- und Jugendpornografie im Internet liegen im sechsstelligen Bereich. Das sind alarmierende Zahlen.

Von den Ermittlungsbefugnissen, die unsere Sicherheitsbehörden brauchen, habe ich schon gesprochen. Daneben müssen wir vor allem an unserer Resilienz arbeiten, also an unserer Widerstandsfähigkeit gegen Angriffe und Übergriffe. Das gilt im digitalen genauso wie im analogen Bereich. Die jetzige Bundesregierung hat es in drei Jahren nicht geschafft, Gesetze zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur und zur Cybersicherheit zu erlassen. Diesen Schutz zu gewährleisten ist aber eine elementare Aufgabe des Staates. Sollten wir die nächste Regierung stellen, wird es für uns Priorität haben, diese von der Ampel hinterlassenen Sicherheitslücken zu schließen.

Gerade im Bereich Cybercrime und Sabotage müssen wir weg vom reinen Krisenmanagement, hin zur Offensive. Dazu müssen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stärken und insgesamt die Kompetenzen zur aktiven Cyberabwehr ausbauen. Es gibt hier viele gute Ansätze, die wir in einer möglichen neuen Regierung weiterverfolgen wollen.

Wie wollen Sie das Problem der irregulären Migration in den Griff bekommen?

Throm: Seit dem Amtsantritt der Ampel-Regierung 2021 sind an die 800.000 Asyl-Erstanträge gestellt worden – die Flüchtlinge aus der Ukraine nicht mitgezählt. Sie alle müssen von den Kommunen aufgenommen werden. Auch für ein Land wie Deutschland ist das nicht auf Dauer zu leisten.

Die gute Nachricht ist: Migration ist steuerbar,

wenn man es will. Viele unserer europäischen Partner machen das vor, Schweden und Dänemark etwa. Auch die neue EU-Kommission hat sich eine wirksamere Migrationspolitik auf die Fahnen geschrieben. Die Ampel als selbsternannte „Fortschrittskoalition“ wollte von Migrationsbegrenzung freilich lange nichts wissen. Zur Erinnerung: Die Grenzkontrollen, für die Nancy Faeser und Co. sich heute rühmen, haben sie über Jahre selbst verzögert.

Was müssen wir also tun? Erstens: Wir werden Zurückweisungen an unseren Grenzen vornehmen. Wer an unserer Grenze steht, mitten in Europa, ist schon in Sicherheit und braucht kein Asyl in Deutschland. Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land Asyl hätten beantragen können, sind daher an den Grenzen zurückzuweisen. So können wir die illegale Migration nach Deutschland wirksam begrenzen.

Zweitens: Wir müssen auf nationaler Ebene alle Möglichkeiten nutzen, die wir haben – wie die Abschaffung des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten über die Ausweisung sicherer Herkunftsländer wie der Maghreb-Staaten bis zur Abschaffung von Fehlanreizen wie Sozialleistungen.

Und drittens brauchen wir endlich eine Antwort auf die dringende Frage, wie wir mit Ausreisepflichtigen umgehen, die ihre Zurückführung blockieren. Über 200.000 Personen halten sich hier rechtswidrig auf. Für die Straftäter und Gefährder unter ihnen fordere ich Ausreisearrest – und zwar so lange, bis sie freiwillig heimkehren. Einen Arrest mit drei Wänden sozusagen: Die Wände nach Deutschland sind dicht, aber der Weg in die Heimat steht jederzeit offen.

Wie sollte das Staatsangehörigkeitsrecht aussehen, damit Integration funktionieren kann?

»Die Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, das ein Land zu vergeben hat«

Throm: Die Staatsbürgerschaft ist das höchste Gut, das ein Land vergeben kann. Darum gilt der alte Grundsatz: Prüfe, wer sich ewig bindet! Wer eingebürgert wird, muss bestens integriert und loyal zu Deutschland sein.

Für die Prüfung der Loyalität und Integration ist ein Zeitraum von fünf oder gar nur drei Jahren zu kurz. Wir sollten es den Bewerbern nicht zu leicht machen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Weiter muss gelten, dass der Aufenthalt als Flüchtling vorübergehender Natur ist und nicht von vornherein dazu führt, dass man deutscher Staatsbürger wird. Die Hälfte aller Eingebürgerten stammt aber aus den vier Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern: Syrien, Türkei, Irak und Afghanistan.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat noch am 4. Dezember 2024 im Bundestag gesagt, dass er „stolz“ ist auf das neue Staatsangehörigkeitsrecht. Das zeigt, dass der Regierung von Olaf Scholz jegliches Bewusstsein für die Interessen unseres Landes und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts fehlt. Sonst würde er auch Migration anders steuern.



Über nackte Zahlen und politische Ziele

Der Haushalt braucht eine Erfolgskontrolle – Ausgaben an Ziele koppeln

Von Franziska Hoppermann

Ein Bundeshaushalt ist, wie es so schön heißt, „in Zahlen gegossene Politik“. Doch welche politischen Ziele erreicht werden sollen, ist dem Zahlenwerk kaum zu entnehmen. Die Ausgabentitel und Erläuterungen in bestem Fachchinesisch geben oft Rätsel auf, selbst den Parlamentariern. Entsprechend oft lässt sich am Ende des Jahres nicht erkennen, ob die Ziele, die mit den Summen verknüpft sind, tatsächlich erreicht wurden. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für eine Reform der Haushaltsführung ein, die sich an der Wirkung der Ausgaben orientiert.

Das Etatrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Über den Jahreshaushalt und die Verteilung der Gelder auf die einzelnen Ressorts wird im Bundestag daher hart gerungen. Die Sitzungen des Haushaltsausschusses, in der jeder Minister und jede Ministerin seine oder ihre finanziellen Ansprüche rechtfertigen muss, sind sagenumwoben, vor allem die sogenannte Bereinigungssitzung, die sich oft bis in die frühen Morgenstunden hinzieht. Über sie wird in den Medien aufgeregt berichtet, es kursieren Gerüchte und Geschichten.

In diesen Ausschusssitzungen sowie in den vorangehenden Berichterstattungsgesprächen mit den jeweiligen Ministerien informieren sich die Abgeordneten darüber, was sich hinter den einzelnen Ausgabentiteln verbirgt. Sie fragen nach, wofür das Geld ausgegeben werden soll, ob es tatsächlich benötigt wird. Die Vertreter der Ministerien stehen Rede und Antwort. Sie erklären, was sich hinter Titel XYZ verbirgt. Sie begründen, warum ein Ausgabentitel steigt oder sinkt. Sie erläutern, warum hier oder dort Geld übrigbleibt. Aber vor allem: Sie zeigen auf, was mit all dem politisch erreicht werden soll.

In den Zahlenkolonnen des Bundeshaushalts drückt sich das so nicht aus. Dort stehen lediglich die nackten Summen in Euro und Cent. Und so wundert es nicht, dass

Ministerinnen oder Minister, die den größten Zuwachs in ihren Budgets erkämpft haben, als erfolgreichste gelten. Denn sie haben sich – vor allem in Zeiten knapper Kassen – mit ihren Wünschen gegen die anderen durchgesetzt. In der Haushaltsdebatte des Plenums können sie so als machtvolle Minister auftreten.

Eine Haushaltsführung, die sich nur an den Ein- und Auszahlungen orientiert, hat deshalb ihre Tücken. Beispiele für die ineffiziente Verausgabung von Haushaltsmitteln gibt es zur Genüge: So hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im laufenden Jahr 150 Millionen Euro für den Umbau von Tierställen bereitgestellt. Ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Förderauftrages wurden nur 15 Anträge mit einem Fördervolumen von insgesamt 22 Millionen Euro gefördert. Effizienz sieht anders aus.

Im Bereich des Bundesinnenministeriums kommt es bei der Finanzierung von Integrationsangeboten zu Doppelt- und Dreifachförderungen mit Geldern aus demselben Haus. Denn die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Erstorientierungskurse und Integrationskurse lassen sich nicht klar voneinander abgrenzen. Sie haben sogar teils den gleichen Inhalt. Dieser Missstand wird vom Bundesrechnungshof zwar regelmäßig kritisiert, doch ist das dem Haushaltsentwurf nicht zu entnehmen. Und so pflanzt sich der Unsinn fort.

Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Fraktion dafür ein, die Haushaltsführung anzupassen. Sie soll sich nicht wie bisher nur an den Ein- und Auszahlungen orientieren, sondern an der Erfüllung der politischen Ziele. Auf diese sogenannte ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung (zwoH) hatte sich schon die Ampel-Regierung von Olaf Scholz zu Beginn ihrer Amtszeit verständigt.

Das Bundesfinanzministerium hat die Sinnhaftigkeit dieser Reform durch ein Gutachten von Deloitte und dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung



Franziska Hoppermann
CDU-Abgeordnete aus Hamburg

Effizienz der Ausgaben muss bewertet werden



(ZEW) bestätigen lassen. Umgesetzt wurde das Vorhaben jedoch nicht.

Es bleibt also Aufgabe der kommenden Bundesregierung, diese sinnvolle Reform anzugehen. Dem Haushaltsausschuss und auch den Fachausschüssen stünden dann präzisere Informationen zur Verfügung, die sie als Entscheidungsgrundlage heranziehen können. Die Ministerien müssten nicht nur formulieren, wofür sie wie viel Geld ausgeben möchten, sondern auch welches politische Ziel damit verwirklicht werden soll. Sie müssten Kennzahlen liefern, an denen sich der Erfolg bemessen lässt.

Hilfreich wäre es, wenn das Parlament und seine Ausschüsse turnusmäßig über den Verlauf der Haushaltsführung unterrichtet würden. So könnten sie den Erfolg politischer Maßnahmen im Verlaufe des Jahres bemessen. Fehlentwicklungen könnten sie frühzeitig korrigieren. Auf diese Weise wären zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Stellung des Parlaments würde gestärkt und die Mittelverausgabung effizienter. Als Folge würde sich die Bundestagsdebatte über den Bundeshaushalt weniger um Summen, als um Ziele drehen – eigentlich eine Kernaufgabe von Politik.

Mit der Umstellung auf die ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung würde Deutschland dem

Österreich als Vorbild für die Reform

Vorbild europäischer Nachbarländer folgen. Österreich beispielsweise hat das Kriterium der Effizienz nicht nur in den Fokus der Haushaltsführung gerückt, sondern es zum haushalterischen Grundsatz ernannt. Wie man in Österreich sehen konnte, gelingt eine solche Reform allerdings nur im parteiübergreifenden Konsens. Denn nur so kann verhindert werden, dass eine nachfolgende Regierung die Reform aus taktischen Gründen rückabwickelt.

Mit Blick auf die prekären Staatsfinanzen in Deutschland wird eine neue Bundesregierung vor der Herausforderung stehen, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen. Die Umstellung der Haushaltsführung wäre ein Baustein, um diese Herausforderung technisch zu begleiten.

Ehe über die Aufweichung der Schuldenbremse diskutiert wird, sollten alle Ausgaben auf den Prüfstand. Die Lösung kann nicht lauten: „Nach uns die Sintflut. Wir hinterlassen unseren Kindern einen Schuldenberg.“ Deshalb ist es aus meiner Sicht unerlässlich, Ausgaben mit Zielen zu verknüpfen und ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die Reform der Haushaltsführung müssen wir als gemeinsames Projekt des Parlaments betrachten – und nicht als Projekt einer wie auch immer gearteten Koalition. Gemeinsam hätten wir die Möglichkeit, mit den bisherigen Mitteln mehr zu erreichen. Packen wir es an!

Was wir lesen ...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. In den Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine märchenhafte, eine inspirierende. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das fasziniert, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Vier Abgeordnete empfehlen uns ihre Lektüre:



Michael Breilmann
aus Castrop-Rauxel

Spannungen überwinden im Dialog

Der 7. Oktober 2023 veränderte alles – auch die Leben von Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Ahmad Mansour, dem bekannten Islamismusexperten. Beide ahnten vor dem Hamas-Überfall auf Israel nicht, wie brisant ihr lange geplantes Buchprojekt zu „Spannungsfeldern“ wie Demokratiedefiziten, Antisemitismus oder dem Nahostkonflikt werden würde.

Der Repräsentant des deutschen Judentums und der Wortführer des liberalen Islams stammen aus gegensätzlichen Welten und haben doch vieles gemeinsam: In Israel geboren, prägen sie die gesellschaftlichen Debatten hierzulande mit – und stehen rund um die Uhr unter Polizeischutz. Der Band, dem vier Gespräche mit der Journalistin Shelly Kupferberg zugrunde liegen, erlaubt sehr persönliche Einblicke. Mansour und Schuster wollen eine neue Streitkultur anstoßen und zeigen auf, an welchen Punkten Juden und Muslime sich treffen könnten – ein sinnvolles Projekt in einer Zeit, in der beide Seiten sich unversöhnlicher gegenüberstehen denn je. Die Autoren formulieren kurzweilig und pointiert.

Mansour, Ahmad/Schuster, Josef/Kupferberg, Shelly, Spannungsfelder – Leben in Deutschland, Verlag Herder



Anja Weisgerber
aus Schweinfurt

Von den Mühen, ein Teenager zu sein

Als Mutter zweier Kinder empfehle ich die wunderbare Comic-Buchreihe „Gregs Tagebuch“, von der bislang 19 Bände erschienen sind. Mit meinem elfjährigen Sohn lese ich diese Bücher nach und nach. Denn über den sympathischen Antihelden Greg und seine Erlebnisse kann man prima gemeinsam lachen. Die Tagebücher begleiten Greg auf humorvolle Weise durch die herausfordernde Zeit des Heranwachsens mit ihren zahlreichen Konflikten im Alltag.

Inzwischen sind mein Sohn und ich bei „Gregs Tagebuch 16: Volltreffer“ angelangt. Darin geht es um den Sport. Gregs unfreiwilliger Weg ins Basketballteam und seine chaotischen Versuche, dort erfolgreich zu sein, vermitteln uns wichtige Botschaften: Es geht nicht immer nur um den Sieg, sondern auch ums Dabeisein und um Teamgeist. Mit Greg lernen wir, dass wir im Leben Geduld brauchen und bereit sein müssen, Fehler einzugestehen. Dass wir nach Niederlagen wieder aufstehen und weitermachen müssen, auch wenn es schwierig ist.

Gregs Geschichten rufen uns ins Bewusstsein, dass Fortschritt durch kleine Schritte entsteht und dass wir gemeinsam an Veränderungen arbeiten können – ein wertvoller Ansatz für alle, die früher oder später Verantwortung übernehmen.

Kinney, Jeff, Gregs Tagebuch, Band 1- 19, Bastei Lübbe



Marlon Bröhr
aus Kastellaun

Andere Blickrichtung – Neue Erkenntnisse

Schon als kleiner Junge mochte ich Geschichtsbücher am allerliebsten. Ich fand die Vorstellung spannend, dass all das, was darin zu lesen war, sich wirklich ereignet hatte. Allerdings erzählten die meisten Geschichtsbücher von Europa und dem Westen. Sie transportierten die westliche Sicht auf die Welt. Was in Asien geschah und wie man aus Asien auf den Aufstieg des Westens blickte – Fehlanzeige.

In „Licht aus dem Osten“ wechselt der in Oxford lehrende Historiker Peter Frankopan die Perspektive. Denn immerhin gaben der Nahe und Mittlere Osten über Jahrtausende den Takt der Weltgeschichte vor. Hier entstanden die ersten Hochkulturen, hier wurzeln alle drei monotheistischen Weltreligionen. Die Region verfügte über einen Reichtum an Gütern, Kultur und Wissen, von dem das alte Europa nur träumen konnte.

Die geänderte Blickrichtung Frankopans erlaubt neue Erkenntnisse. Wer beispielsweise wissen möchte, warum Alexander der Große in seinem Eroberungseifer nach Osten vordrang, dem kann ich dieses Buch nur wärmstens empfehlen.

Frankopan, Peter, Licht aus dem Osten: Eine neue Geschichte der Welt, Rowohlt Taschenbuch



Mareike Lotte Wulf
aus Hameln

Von Zeitenwende zu Zeitenwende

1979 ist mein Geburtsjahr. Daher liegt es auf der Hand, dass ich mich mit Neugier auf Frank Böschs politische Analyse des Jahres gestürzt habe. Schnell packte mich die Faszination, denn der Autor zeigt mit seinen fesselnden Schilderungen, warum dieses oft unterschätzte Jahr eine „Zeitenwende“ markierte – und „die Welt von heute begann“.

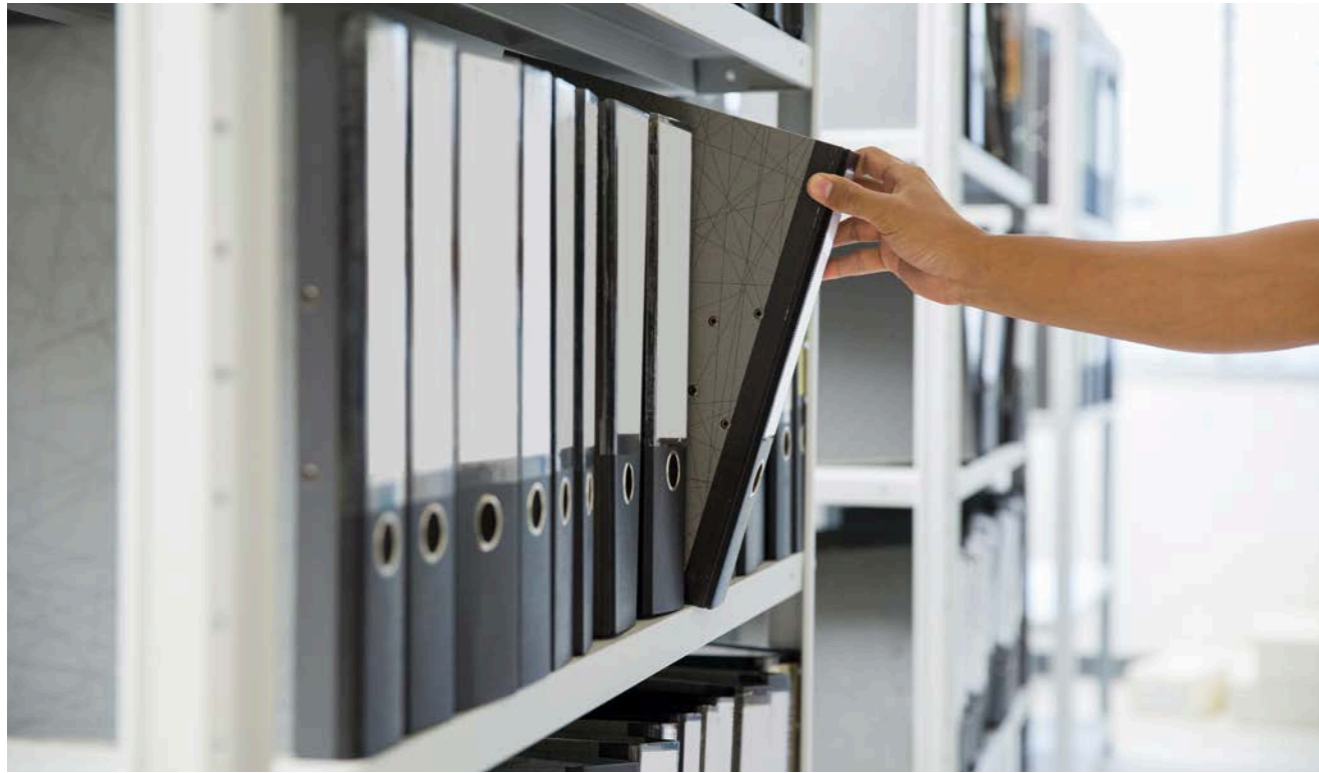
Bösch verdeutlicht die Relevanz des Jahres, indem er Schlaglichter auf die Ereignisse wirft: von der iranischen Revolution über Thatchers marktliberalen Kurs, von der Entstehung grüner Parteien über die Öffnung Chinas für die Weltmärkte bis zum Papst-Besuch in Polen und wie er das Ende des Sozialismus beschleunigte. Auch die Ankunft der vietnamesischen „Boat People“ in Europa, die zweite Ölkrise oder der Atomunfall von Harrisburg waren so entscheidend, dass sie unsere politische Realität bis heute prägen.

Böschs Analyse ist brandaktuell – gerade für uns, die wir mit dem russischen Überfall auf die Ukraine eine weitere „Zeitenwende“ erleben. Sie mahnt uns, die Folgen unseres politischen Handelns immer zu bedenken. Bei all dem ist „1979“ kein ‚trocken Brot‘: Das Lesevergnügen kommt nicht zu kurz.

Bösch, Frank, Zeitenwende 1979: Als die Welt von heute begann, Verlag C.H. Beck

Update für Deutschland

CDU/CSU-Fraktion will Modernisierung der Verwaltung – Staat soll Dienstleister sein – Künstliche Intelligenz kann helfen



© Ekaterin Basadonyndee/Shutterstock.com

Wer kennt das nicht? Unendliche Wartezeiten für den Termin beim Amt. Formulare, die noch mit der Hand ausgefüllt werden müssen – am besten gleich doppelt und dreifach. Ein Labyrinth der Bürokratie, in dem man sich leicht verirrt. Es wachsen die Zweifel, dass unser Staat noch so funktioniert, wie er sollte. Die CDU/CSU-Fraktion will das nicht länger hinnehmen. Sie dringt auf ein „Update des Betriebssystems“. Sie will ein modernes Deutschland gestalten – und hofft, dass sie nach der Bundestagswahl die Gelegenheit dazu hat.

Ein schlanker und effizienter Staat, einer, der sich als Dienstleister versteht, ist für die CDU/CSU eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Menschen der Demokratie vertrauen. „Dieses Vertrauen in die Problemlösungskompetenz des Staates ist unter der aktuellen Bundesregierung erschüttert“, konstatiert die Union in einem Positionspapier, das der Geschäftsführende Vorstand auf einer Klausurtagung in Neuhardenberg verabschiedete. Mehr noch: „Die staatliche Handlungsfähigkeit ist in Gefahr.“

In dem Papier mit dem Titel „Bereit für Verantwortung. Moderner Staat Deutschland“ hat die Union eine Reihe von Vorschlägen zusammengetragen, wie die

Verwaltung besser funktionieren kann. Da geht es unter anderem um Digitalisierung und Bürokratieabbau, aber auch darum, wie die Forderungen des Staates an seine Bürger praxistauglicher werden. Jedes Gesetz beispielsweise soll künftig einem „Digital-Check“ unterzogen werden. Nur wenn es den besteht, darf es in Kraft treten. Bürgerinnen und Bürger sollen die Daten, die der Staat von ihnen haben will, höchstens einmal abgeben müssen. Die vernetzten staatlichen Stellen tauschen diese Daten dann automatisch miteinander aus. Damit das alles schneller geht, soll auch Künstliche Intelligenz eingesetzt werden.

»Die Handlungsfähigkeit des Staates ist in Gefahr«

Unter dem Stichwort „schlanker Staat“ will die CDU/CSU-Fraktion unter anderem die Zahl der Bundesbehörden – knapp 1.000 alles in allem – reduzieren, indem sie sie zusammenlegt. Die Anzahl der sogenannten Beauftragten soll ebenfalls verringert werden. Denn für ihre Themenbereiche – zum Beispiel für Tierschutz, für Abrüstung und Rüstungskontrolle oder für Sucht und Drogenfragen – ist ohnehin das jeweilige Ministerium verantwortlich. Auch die Ministerien selbst sollen schlanker werden. Aufgaben wie Personalmanagement, IT-Dienstleistungen oder Datenschutz, die in jedem Haus gleichermaßen anfallen, sollen in zentralen

„Die Politik muss bei sich selbst anfangen“

Philipp Amthor über die dringend benötigte Verschlinkung des Staates

Herr Amthor, nach Ihrer Vorstellung soll der Staat künftig Dienstleister für die Bürger sein. Wie kann das gelingen?

Amthor: In der Tat: Wir wollen den Staat nicht als Lehrmeister, der meint, uns bevormunden zu müssen. Wir wollen auch keinen Staat, der sich permanent mit sich selbst beschäftigt. Im Gegenteil: Wir wollen den Staat als modernen Dienstleister.

Dafür müssen wir zunächst Auswege aus dem bürokratischen Labyrinth bahnen, das wir uns geschaffen haben: Deutschland braucht wieder eine effizientere und schlankere Verwaltung mit klareren Zuständigkeiten. Die Aufgaben müssen wieder auf das Wesentliche konzentriert werden, ebenso die personellen und finanziellen Mittel für die Bundesverwaltung.

Für uns ist dabei klar: Damit wir Vertrauen zurückgewinnen, muss die Politik mit Reformen und Einschnitten bei sich selbst anfangen. Es muss aufhören, dass sich unser Staat in seinen eigenen komplexen Regelungen verheddert. Stattdessen brauchen wir weniger und bessere Regelungen. Wir müssen im Rahmen einer ressortübergreifenden Verwaltungsreform auch die Rekordanzahl der Bundesbehörden reduzieren, indem wir sie zusammenlegen. Doppelungen von Zuständigkeiten wollen wir abschaffen.

Die Anforderungen an die Verwaltung nehmen ständig zu. Wie kann man die Verwaltung verschlinken und trotzdem gewährleisten, dass sie effizient arbeitet?

Amthor: Der Staatsapparat wurde in den vergangenen Jahren immer weiter aufgebläht. Trotzdem wurde er nicht handlungs-

fähiger. Ich stelle also fest: Zu viel Personal in der Verwaltung verursacht nicht nur Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Zu viel Personal wirkt auch als Treiber für zusätzliche Regulierung und für mehr Bürokratie.

Wir müssen einfach damit aufhören, jedes neue Problem dadurch lösen zu wollen, dass wir immer neue Posten schaffen. Vielmehr müssen wir eine Schubumkehr einleiten: Wir müssen Ministerien restrukturieren, die Anzahl der Staatssekretärsposten reduzieren und die Anzahl der Beauftragten des Bundes mindestens halbieren. Den Personalbestand in der Ministerialverwaltung und in einigen nachgeordneten Behörden müssen wir messbar senken. Kurzum: Wir wollen mit weniger Personal bessere Arbeit machen. Dazu müssen wir deren Aufgaben neu ordnen.

Wie soll das konkret aussehen? Wie könnte man Doppelstrukturen abbauen, damit sich Ministerien auf ihre Kernaufgaben konzentrieren?

Amthor: Insbesondere in der Personalverwaltung des Bundes können wir es uns nicht mehr leisten, Egoismen in den Ressorts zu pflegen – zumal nicht in Zeiten des demo-

graphischen Wandels und des Fachkräftemangels. Stattdessen brauchen wir eine Personalverwaltung des Bundes mit zentralen Service-Einheiten, die auch weitere standardisierbare Aufgaben wie IT-Infrastruktur und IT-Dienstleistungen, Compliance, Datenschutz, Vergabe und Beschaffungen erledigen sollen. Das klingt einfacher als es ist, aber wer soll es schaffen, wenn nicht CDU und CSU?



Philipp Amthor
Fachsprecher der CDU/CSU-Fraktion für Staatsorganisation und Staatsmodernisierung

© Tobias Koch

Service-Einheiten zusammengefasst werden. Auf diese Weise muss nicht jedes Ministerium das Rad neu erfinden.

»Ministerien sollen schlanker werden«
Von dem Update haben alle Seiten etwas – der Staat, die Bürger und die Wirtschaft. Der Staat muss nicht ständig neue Stellen schaffen und so den Fachkräftemangel zusätzlich anheizen. Und er muss in Zeiten knapper Finanzen nicht ständig mehr Geld ausgeben. Für die Bürgerinnen und

Bürger wird der Umgang mit dem Staat leichter und weniger zeitaufwändig. Sie werden es auch zu schätzen wissen, dass der Staat sie als mündige Bürger behandelt, indem er als Dienstleister und nicht als Lehrmeister auftritt. Die Wirtschaft schließlich profitiert von einem Belastungsmoratorium. Sie muss ihre Energie künftig nicht mehr in die Erfüllung immer neuer bürokratischer Auflagen investieren, sondern kann sie – ganz im Sinne des Unternehmerteistes – in Innovationen setzen.



© Tomasz Zielenka Unsplash

Deutschland und USA – Partner auf Augenhöhe

CDU/CSU-Fraktion bereitet sich auf zweite Amtszeit Trumps vor – Gemeinsame Werte und Interessen im Fokus

Vier Jahre nach seinem Auszug wird Donald Trump als Hausherr ins Weiße Haus zurückkehren. Am 20. Januar 2025 übernimmt der Republikaner, der bereits von 2017 bis 2021 regierte, die Amtsgeschäfte als 47. Präsident der USA. Für Deutschland und Europa bringt der Wechsel Veränderungen mit sich, die teils schwer abzuschätzen sind. Eins ist jedoch klar: Der alte Kontinent muss mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen.

Überraschend deutlich gingen der republikanische Präsidentschaftskandidat und seine Partei als Sieger aus den Wahlen am 11. November 2024 hervor. Trump selbst gewann nicht nur die Mehrheit im Wahlkollegium, sondern holte auch in der Bevölkerung fünf Millionen Stimmen mehr als seine Herausforderin von den Demokraten, Kamala Harris. Die Republikaner erhielten die meisten Sitze in beiden Kammern des Kongresses – sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Damit hat der neue US-Präsident eine starke Stellung und viel Rückendeckung für seine politischen Entscheidungen.

»Mit Trump kann man Deals machen«

Mit Blick auf die Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen unterstreicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die lange Freundschaft zwischen Deutschland und den USA. Beide Länder teilten gemeinsame Werte, Interessen und ein kollektives Schutzversprechen als Mitglieder der NATO, betont der Vorstand. „Die Vereinigten Staaten von Amerika waren, sind und bleiben der wichtigste Verbündete Deutschlands außerhalb Europas.“

Trump's Ankündigungen ist zu entnehmen, dass er die amerikanischen Interessen erneut in den Vordergrund rücken wird – was per se nicht illegitim ist. Die Unionsfraktion zieht daraus die Schlussfolgerung, dass Europa „aus eigener Kraft heraus weltpolitikfähig werden“ muss. Nur ein in sich gefestigtes und einiges Europa könne für die USA ein „Partner auf Augenhöhe“ sein.

Fraktionschef Friedrich Merz beurteilt den Umgang mit dem künftigen Präsidenten nüchtern. „Dieser Präsident wird Europa und auch uns herausfordern“, sagte er dem „Stern“. „Damit müssen wir umgehen.“ Trump ver-

stehe aber die Sprache des politischen ‚Deals‘ gut. Verhandlungen, die für beide Seiten nutzbringend seien, könne man mit Trump treffen. Wichtig sei, ihm mit Stärke und Geschlossenheit gegenüberzutreten, betonte Merz im ZDF-Talk von „Maybrit Illner“.

Ohne Zweifel werden die USA unter Trump mehr Eigenverantwortung von den Europäern erwarten. Das betrifft vor allem die Sicherheitspolitik und den Handel. Das Geschäftsmodell, selbst billig zu importieren, teuer zu exportieren und die USA für die Sicherheit bezahlen zu lassen, das sei jetzt zu Ende, mahnte Merz.

Fraktionsvize Johann David Wadehul erinnerte daran, dass die USA schon vor den Zeiten Trumps mehr Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit forderten. Man denke an das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, das 2014 vereinbart und damals mit der Frist 2024 versehen wurde. Deutschland erreicht dieses Ziel zwar inzwischen knapp, doch hat die Ampel-Regierung die Finanzierung der Bundeswehr trotz „Zeitenwende“ keineswegs nachhaltig gesichert. Schon 2027 drohen wieder massive Löcher im Verteidigungsbudget. Angesichts des aggressiven russischen Gebarens stellt sich für die Union zudem die Frage, ob nicht sogar eine höhere Investitionsquote nötig wäre. Auch NATO-Mitglieder wie Finnland, Schweden oder Polen liegen weit darüber.

Deutschland müsse aus seinem „Dornröschenschlaf“ erwachen, mahnt Wadehul im „Handelsblatt“. Die USA erwarteten, dass Deutschland und Europa konzeptionelle und umsetzbare Vorschläge machten, „wie wir in unserer Nachbarschaft langfristig Frieden und Stabilität schaffen“. Das betreffe nicht nur die Ukraine, sondern auch den westlichen Balkan, den Nahen und Mittleren Osten oder den Sahel. In wirtschaftlicher Hinsicht müsse man sich für eine Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft einsetzen: „Abgrenzung von den USA wird uns niemals guttun.“

Wie auch immer das Verhältnis im Einzelnen ausgestaltet wird, der außenpolitische Sprecher Jürgen Hardt betont ebenso: „Die USA werden auch unter Trump unser wichtigster Verbündeter bleiben.“ Wenn in Washington jedoch inzwischen der Eindruck entstanden sei, dass die deutschen Verbündeten nur auf Druck reagierten, dann liege dies an der verfehlten US-Politik der Ampel-Regierung.

Die Ampel habe nie verstanden, wie wichtig es

»Deutschland muss aus dem Dornröschenschlaf erwachen«

gewesen wäre, den kooperativen Stil des scheidenden Präsidenten Joe Biden mit Entgegenkommen zu belohnen, meint Hardt. Seine Vermutung: Trump werde voraussichtlich spätestens auf dem NATO-Gipfel in Den Haag im Juni 2025 von Deutschland und Europa eine neue Ära in Sachen Lastenteilung fordern. „In Brüssel wird Ursula von der Leyen dafür bereit sein“, sagt Hardt und prophezeit: „Ein Bundeskanzler Merz auch.“

Mit Blick auf die berühmten Deals mahnt der Fachsprecher für Transatlantische Beziehungen, Thomas Silberhorn: „Wir sollten Trump nicht als Gefahr betrachten, sondern als einen Präsidenten, der die Interessen seines Landes vertritt und auch mit harten Bandagen dafür kämpft.“ Wenn Trump höhere Verteidigungsausgaben von Deutschland erwarte, dann sei das in unserem eigenen Interesse, dem zu entsprechen, sagt er den „Nürnberger Nachrichten“. Nur wenn Deutschland seine Hausaufgaben mache, blieben die USA uns weiter zugewandt – ein existenzieller Gedanke: „Denn für unsere Sicherheit sind die USA mit ihrer Truppenpräsenz und ihrem nuklearen Schutzschirm unverzichtbar.“

Was Wadehul zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache, dass die CDU/CSU-Fraktion zu allen Zeiten bewusst ihre Gesprächskanäle zu den Republikanern erhalten und gepflegt hat. Daran lasse sich in der jetzigen Situation gut anknüpfen. Wadehul betont auch: „Um von Tag eins an mit der neuen US-Administration auf Augenhöhe handlungsfähig zu sein, braucht es eine starke, geschlossene Bundesregierung unter klarer Führung.“ Schon allein deshalb seien die anstehenden Neuwahlen von großer Bedeutung. Schon allein deshalb brauche es eine neue, eine stabile Bundesregierung unter einem Bundeskanzler Friedrich Merz.



© Luke Michael Unsplash

Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Was die CDU/CSU-Fraktion darüber hinaus bewegt hat, sehen Sie hier:

Ländliche Räume:
Für gleichwertige
Lebensverhältnisse

Auf einem Kongress zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Stadt und auf dem Land diskutierten die Agrarpolitiker der CDU/CSU-Fraktion mit Vertretern aus Kommunen, Verbänden und Vereinen, wie die Weichen dafür richtig gestellt werden können. Denn die Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt in ländlichen Räumen. Eine leistungsstarke Land- und Forstwirtschaft prägt das Gesicht dieser Landschaften. Mittelstand und Energiewirtschaft sorgen für Wertschöpfung und Wohlstand. Deshalb müssen die ländlichen Räume lebenswert bleiben, sagt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Albert Stegemann (Mitte).



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sexualisierte Gewalt in Kriegen:
Union thematisiert ein Tabu-Thema

Verschleppt, vergewaltigt, versklavt: Das ist die Geschichte der jungen Jesidin Jihan Alomar (2. v.l.) und ihrer Familie, das ist die Geschichte zahlloser Frauen in Kriegen und bewaffneten Konflikten. Auf Einladung von Fraktionsvize Dorothee Bär (2.v.r.) und der frauenpolitischen Sprecherin Silvia Breher kamen im Oktober mehr als 300 Gäste in den Fraktionssitzungssaal, um mit Betroffenen und Expertinnen wie der israelischen Kommunikationsberaterin Melody Sucharewicz (rechts) zu diskutieren. Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz machte in seiner Eröffnungsrede auf das unaussprechliche Leid der Betroffenen aufmerksam. Meist sind die schmerzhaften Erfahrungen mit Scham behaftet und von der Gesellschaft werden sie oftmals tabuisiert, wie Gitta Connemann (links) in ihrem Schlusswort deutlich machte.

Energiewende:
Für sauberen, bezahlbaren und
preiswerten Strom

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt, das verlässlich mit sauberer und bezahlbarer Energie versorgt wird. Wie dies sichergestellt werden kann, darüber diskutierte die CDU/CSU-Fraktion mit Vertretern von Wirtschaft und Verbänden auf einem Kongress im November. Dass sie damit einen Nerv traf, zeigt das rege Interesse am Thema: Mehr als 600 Gäste nahmen teil. Fraktionschef Friedrich Merz stellte klar: Wirtschaft, Energieversorgung und Klimaschutz müssen als Einheit verstanden werden.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

75 Jahre CDU/CSU-Fraktion: Jubiläumsfeier in Bonn

Am 1. September 2024 wurde die CDU/CSU-Fraktion 75 Jahre alt. Auf den Tag genau 75 Jahre nach ihrer Gründung 1949 kehrte die Fraktion zu ihren Wurzeln zurück: In der alten Hauptstadt Bonn beging sie ihr Jubiläum und blickte auf ereignisreiche Jahrzehnte ihrer Geschichte – von der Aussöhnung mit Frankreich und dem Zusammenschluss Europas über den Beitritt zur NATO bis zur Wiedervereinigung und der Einführung des Euro.



© Anika Nowak

Mitschnitt Festakt
Jubiläumsfeier in Bonn



Film „75 Jahre
CDU/CSU-Bundestagsfraktion“





© Tobias Koch



Nina Warken
@ninawarken




Wer mit #§218 pokert, spielt mit dem Leben. Wir dürfen aber das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und das Recht des Ungeborenen auf Leben nicht gegeneinander ausspielen. Für einen schnellen Punkt im Wahlkampf taugt das Thema keinesfalls! @cducusbt

Nina Warken
Parlamentarische Geschäftsführerin der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de


 [www.facebook.com/
cducusbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusbundestagsfraktion)

Die Veranstaltungen der Fraktion:
www.cducusu.de/veranstaltungen

 www.youtube.com/cducus

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 www.instagram.com/cducusbt

 [www.linkedin.com/company/
cducus-im-deutschen-bundestag](https://www.linkedin.com/company/cducus-im-deutschen-bundestag)

 www.tiktok.com/@cducus

 twitter.com/cducusbt

»Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter: www.cducusu.de/newsletter

Impressum

Herausgeber:
Thorsten Frei MdB
Alexander Hoffmann MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

v.i.S.d.P. Nicole Ehlers

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
pressestelle@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

CDU • CSU